

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesausschuss Obst und Gemüse
Claire-Waldoff-Str. 7
10117 Berlin

Pflanzenschutz

Die neuen EU-Pflanzenschutzverordnungen sind praxisgerecht und unter Beachtung des bereits sehr hohen Schutzniveaus in Deutschland umzusetzen. Steuern, Abgaben, pauschale Mengenreduktionsziele müssen bei der nationalen Umsetzung vermieden werden. Eine größtmögliche Harmonisierung der Zulassungssituation in Europa muss erreicht werden.

Werden Sie sich weiter für die Harmonisierung der Zulassung einsetzen, insbesondere dadurch, dass auf nationaler Ebene nicht zusätzliche Hürden mit dem Verweis auf abweichende Bedingungen aufgebaut werden?

Werden Sie sich maßgeblich für die zügige Einrichtung eines europäischen Fonds für die so genannten geringfügigen Verwendungen (Lückenindikationen) von PSM auf europäischer Ebene einsetzen?

Wie stehen Sie zur Einführung probabilistischer Methoden zur Festlegung von Abstandsauflagen im Pflanzenschutz?

Die LINKE in Deutschland hat die Verabschiedung der neuen EU – Verordnungen zum Pflanzenschutz mit getragen. Ziel war eine verbesserte Harmonisierung der Zulassung, die wir angesichts offener Grenzen in Europa unbedingt unterstützen. Die LINKE tritt dafür ein, dass das hohe Schutzniveau in Deutschland mindestens gehalten und im Interesse des Verbraucherschutzes und einer nachhaltigen Landnutzung sinnvoll ausgebaut wird. Zusätzliche Hürden lehnt die LINKE dann ab, wenn sie nur zu einseitigen Belastungen der einheimischen Betriebe führen würden. Die Harmonisierung auf EU-Ebene sollte aber nach Ansicht der LINKEN nicht nur bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und bei den Zulassungsverfahren sondern ebenso für das Steuer- und Abgabensystem gelten. Das Ziel einer Verminderung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zur Reduzierung von Risiken für die Umwelt und Gesundheit bleibt für die LINKE wichtig. Pauschale Mengenreduktionsziele werden der Vielzahl von Faktoren jedoch kaum gerecht, die über die Ausbringungsmengen hinaus für Umweltwirkungen von Pflanzenschutzmitteln verantwortlich sind. Probabilistische Methoden zur Festlegung von Abstandsauflagen sind aus Sicht der LINKEN grundsätzlich zu begrüßen. Es muss allerdings gesichert sein, dass in der Folge der Methodenänderung keine Verschlechterung zum Beispiel der Qualität von Oberflächengewässern stattfindet.

Gleichberechtigung der an der Zulassung beteiligten Behörden

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das Julius-Kühn-Institut (JKI) und das Umweltbundesamt müssen wieder gleichberechtigte Benehmensbehörden im Zuge der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln werden. Es gibt keine Logik, eine am Verfahren beteiligte Behörde mit einem Sonderrecht auszustatten, um so beispielsweise den Umweltschutz über den Gesundheitsschutz zu stellen. Das BVL als Zulassungsbehörde muss abwägen und entscheiden. Ein solches Verfahren dient der Entbürokratisierung und der Beschleunigung der Zulassung. Außerdem wird eine gegenseitige Blockierung der beteiligten Behörden verhindert.

Werden Sie sich für diese Gleichstellung einsetzen?

Landwirtschaftliche Produktionsverfahren gehören zu den Bereichen in Deutschland und Europa, die naturgemäß die größten Wechselwirkungen mit der Umwelt haben. Das in der Gesellschaft im Prinzip anerkannte hohe Niveau im Umwelt – UND Gesundheitsschutz kommt nicht von ungefähr. Die LINKE sieht daher keinen Änderungsbedarf in der Behördenbeteiligung. Stattdessen muss deren personelle Ausstattung verbessert werden, um eine fachgerechte, zügige und unabhängige Politikberatung und Zulassungsentscheidungen der jeweiligen Einrichtungen zu sichern.

Schulobstprogramm

Die Fachgruppe Obstbau appelliert an die Pflicht des Bundes und der Länder, das Schulobstprogramm unbürokratisch hinsichtlich der nationalen Kofinanzierung und der Durchführung zu implementieren. Über das einzuführende Schulobstprogramm sollte es gelingen, dass mehr Obst und Gemüse in den Schulen angeboten und von den Schülern im Sinne einer gesunden Ernährung auch verzehrt wird. Das Wissen um eine gesunde Ernährung ist ein Teil der Allgemeinbildung. Zudem kann das Schulobstprogramm der Absatzförderung und der Marktstützung dienen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die erforderliche Kofinanzierung für das Schulobstprogramm im kommenden Schuljahr gesichert sein wird?

Ja, die LINKE wird sich für eine möglichst umgehende Einführung des Schulobstprogramms einsetzen, obwohl die Ausgestaltung in Deutschland unter den vorhandenen Möglichkeiten bleibt. Zudem muss abgesichert sein, dass alle Schulkinder am Programm beteiligt werden, ohne dass ihre Eltern zusätzlich finanziell belastet werden. Zudem sollte gesichert werden, dass einheimische Produkte Zugang zu diesem Programm erhalten.

Saisonarbeitskräfte

Die Bundesregierung hält daran fest, die Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-Beitrittsstaaten zumindest bis zum Jahr 2011 noch zu beschränken. Die EU-Kommission hat nach unserem Kenntnisstand auch schon Zustimmung zum Antrag der Bundesregierung signalisiert. Sollte die Verlängerung bis 2011 in Kraft treten, gehen wir davon aus, dass nicht ausreichend Saisonarbeitskräfte für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Die derzeit gültige Eckpunkteregelung für die Zulassung von Saisonarbeitskräften läuft zum Ende des Jahres 2009 aus. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass auch in den Jahren 2010 und 2011 Saisonarbeitskräfte aus den EU-Beitrittsstaaten in Deutschland arbeiten können. Die Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften muss langfristig sichergestellt sein.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betriebe so schnell wie möglich Klarheit über die Zulassung von ausländischen Saisonarbeitskräften ab dem Jahr 2010 erhalten?

Werden Sie uns dabei unterstützen, dass auch langfristig Saisonarbeitskräfte zur Verfügung stehen, indem schon rechtzeitig vor der Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit Verhandlungen mit Drittstaaten über die Zulassung von Saisonarbeitskräften aufgenommen werden?

Die Steuererklärungspflicht für ausländische Saisonarbeitskräfte bedeutet einen unnötigen bürokratischen Aufwand. Setzen Sie sich für eine Abschaffung dieser Regelung ein?

Die Eckpunkteregelung hat sich bewährt und ist in der Praxis unserer Betriebe akzeptiert. Besonders für unsere ostdeutschen Betriebe ist das gewählte Basisjahr 2005 ein großes Problem. Wir fordern, dass ein aktuelleres Jahr als neues Basisjahr gewählt wird.

Die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb Europas muss aus Sicht der LINKEN aufgehoben werden. Sie macht angesichts offener Grenzen und der Freizügigkeit im Waren- und Dienstleistungsverkehr kaum noch einen Sinn. Im Zuge der Aufhebung sollte der von der LINKEN geforderte europäische Mindestlohn zur Geltung kommen. Dabei bleibt unsere Forderung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland unberührt. Die Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften würde mit der Umsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns außer Frage stehen, denn es sind auch Lohn- und Arbeitsbedingungen, die zum Mangel an einheimischen wie auch ausländischen Saisonarbeitskräften beitragen. Auch hier gilt: von Arbeit muss man leben können

Lebensmitteleinzelhandel

Deutsches Obst ist gesund und sicher. Einzelne Lebensmittelketten unterlaufen die gesetzlich festgelegten Rückstandshöchstgehalte für Pflanzenschutzmittel und legen eigene Standards in diesem Bereich fest. Brauchen wir diese zusätzlichen Standards?

Der ruinöse Preis- und Machtkampf auf den Schultern der Erzeuger muss aufhören. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die negative Preisspirale aufzuhalten?

In vielen Bereichen der Nahrungsmittelproduktion stehen vor allem in Deutschland die landwirtschaftlichen Erzeugerinnen und Erzeuger zunehmend kartellartigen Strukturen mit erpresserischem Potential im Handel gegenüber, der sowohl gegenüber den Zulieferbetrieben auch gegenüber den eigenen Angestellten zunehmend unsozialer agieren. Höhere Standards werden dabei allzu oft instrumentalisiert und täuschen leider ein ökologisches Interesse lediglich vor. Deshalb bleibt die LINKE solchen Forderungen des Lebensmitteleinzelhandels gegenüber skeptisch, obwohl sie grundsätzlich eine stärkere Orientierung auf den Verbraucherwillen nach gesunden und ökologisch erzeugten Lebensmitteln unterstützt. Die LINKE setzt sich für eine Stärkung der Rechtsposition der Erzeugerbetriebe ein. Aus Sicht der LINKEN muss geprüft werden, ob ein reformiertes Kartellrecht dazu beitragen kann. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass kostendeckende Preise für eine nachhaltige Produktion von bezahlbaren Nahrungsmitteln erzielt werden können. Ein Verdrängungswettbewerb ohne Regulierung im Interesse der gesamten Gesellschaft kann nicht

das Ziel deutscher und europäischer Agrarpolitik sein.

Erntemehrgefahrenversicherung

Bei den europäischen Nachbarn bestehen seit vielen Jahren finanzielle Unterstützungen für Versicherungslösungen. Denn nach Brüsseler Recht ist z. B. eine finanzielle Förderung von Hagelversicherungsprämien möglich. In Deutschland wurde dies aber aufgrund der föderalen Struktur bisher nicht oder nur unzureichend genutzt. Ein Blick über die Grenzen Deutschlands hinweg zeigt jedoch, dass von den nationalen Regierungen der anderen europäischen Länder gewaltige Summen zur Unterstützung von Hagelversicherungsprämien eingesetzt werden. So können die Südtiroler Obstbauern beispielsweise bis zu 80 % der Versicherungsprämien vom Staat erhalten. In weiteren europäischen Ländern werden 30 % bis 70 % an Zuschüssen gewährt.

Es ist jetzt an der Zeit, für den deutschen Obst- und Gemüsebau eine finanzielle Unterstützung von Erntemehrgefahrenversicherungen, beginnend mit den Risiken Hagel und Starkregen, flächendeckend umzusetzen. Unterstützen Sie unsere Forderung?

Im Rahmen der weiteren Reform der europäischen Agrarpolitik unterstützt die LINKE Überlegungen zur Einführung einer Mehrgefahrenversicherung. Die steigenden Produktions- und Ernterisiken durch den Klimawandel werden in Zukunft nicht mehr allein aus den herkömmlichen Versicherungsmöglichkeiten abgedeckt werden können. Mit steigenden Risiken werden die Versicherungsprämien teurer und damit zunehmend für die Betriebe wirtschaftlich untragbar. Eine Kofinanzierung der Länder und des Bundes sind daher erforderlich und im gesamtgesellschaftlichen Interesse am Erhalt der Agrarstruktur zur regionalen Versorgungssicherung und einer flächendeckenden Landbewirtschaftung auch legitimiert.

Bürokratieabbau

Ein wirksamer Schutz vor übermäßiger Bürokratie ist auch die 1:1 Umsetzung von europäischen Vorgaben in Deutschland. Wie stehen Sie zur Umsetzung von europäischen Vorgaben in nationales Recht?

Die europäischen Rahmenvorgaben, die nationaler Umsetzung bedürfen, müssen in der Regel vom Bundestag und Bundesrat in nationales Recht umgesetzt werden. Eine 1:1 Umsetzung der EU-Vorgaben ist grundsätzlich erstrebenswert, kann aber kein Dogma sein. Zum einen sind die Rahmenvorgaben oft zu unspezifisch, zum anderen kann durch föderale Besonderheiten in Deutschland eine spezielle Anpassung erforderlich sein. Insofern ist die Forderung einer grundsätzlichen 1:1 Umsetzung zu pauschal. Weiter gibt es in Deutschland etablierte und akzeptierte höhere Standards, für die eine formale 1:1 Umsetzung europäischer Standards einen Rückschritt bedeuten würde. Das würde von den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht akzeptiert - wie zum Beispiel in der europäischen Verordnung zur ökologischen Landwirtschaft. DIE LINKE setzt sich für eine sachliche und sachgerechte Diskussion zur nationalen Umsetzung von europäischer Rechtssetzung ein, die alle drei Dimensionen des Nachhaltigkeitsgedankens einbezieht: Die soziale, die ökologische und die ökonomische.

Risikoausgleichsrücklage

Die Landwirtschaft sollte die Möglichkeit bekommen, Gewinn mindernde Rücklagen zum Ausgleich künftiger Risiken bilden zu dürfen. Witterungsrisiken und erhebliche Marktrisiken werden immer bedrohlicher. Die Rücklage dient vorbeugend der Stabilisierung der Betriebe und setzt aufgrund erhöhter bzw. verbesserter Liquidität Investitionsanreize.

Wie stehen Sie zur Einführung einer solchen Rücklage?

Eine Bildung einer steuerlich wirksamen Rücklage zur Risikominderung in der Landwirtschaft befürwortet die LINKE. Die Änderungen in den europäischen Marktordnungen haben zu hohen, zunehmend spekulativ angetriebenen Schwankungen der Erzeugerpreise beigetragen, die das betriebswirtschaftliche Risiko deutlich erhöhen und kaum voraussehbar machen. Die zunehmenden Witterungsrisiken infolge des Klimawandels sind neue kaum abschätzbare Risiken. Für beide Entwicklungen kann die Risikorücklage einen gewissen Ausgleich bieten. Die mögliche Wirkung von Investitionsanreizen aufgrund einer höheren Liquidität ist ein zusätzlicher positiver Effekt.

Agrardiesel

Wir begrüßen die beschlossene Erleichterung beim Agrardiesel. Aber Wettbewerbsnachteile mit den europäischen Nachbarn bestehen weiterhin.

Sehen Sie Möglichkeiten, den Kostennachteil bei der Besteuerung von Agrardiesel nachhaltig abzubauen?

Grundsätzlich befürwortet die LINKE eine weitere europäische Harmonisierung der Steuern und Abgaben für die Landwirtschaft. Die Steuersenkung beim Agrardiesel kann aus Sicht der LINKEN nur eine kurzfristige Liquiditätshilfe bis zur Harmonisierung des gesamten Steuer- und Abgabensystems sein. Mittel- und langfristig wollen wir den Einsatz regenerativer Kraftstoffe fördern. Sowohl finanziell als auch wissenschaftlich-technisch soll der Umstieg der Landmaschinenflotte weg von fossilen hin zu alternativen Kraftstoffen unterstützt werden. Im europäischen Kontext gilt, auf der einen Seite die Harmonisierung bei Steuern und Abgaben konsequent voran zu bringen, andererseits die Anreize für einen höheren Anteil erneuerbarer Energien zu verstärken.

Agrarforschung

Forschung und Versuchswesen sind unverzichtbare Wegbegleiter einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Wie kann die notwendige Agrarforschung in Zukunft verstärkt ausgebaut werden?

Die Verstärkung der universitären und der außeruniversitären Agrarforschung ist ein wichtiges Anliegen der LINKEN, für das sie sich weiter konsequent einsetzen wird. Eine sehr konkrete Forderung im Bundestag war und ist die Rücknahme des Personalabbaus und die erneute Prüfung der geplanten Standortschließungen in der Agrarressortforschung die vom Bund verantwortet werden. Die aktuellen Aufgabenstellungen an die Forschung ergeben sich durch die Themen Anpassung an den Klimawandel, Ernährungssicherung, die Folgen der europäischen Agrarreform und die Auswirkungen der Globalisierung. Der Umfang des Forschungsbedarfs ist so groß, dass die Ausstattung an Personal und Mitteln durch Bund und

Länder erneut überprüft werden muss.